



Geschäftsführung Digitalisierungsausschuss

Frau Marusich

Telefon: (0221) 221 31544

Fax: (0221) 221 22845

E-Mail: olga.marusich@stadt-koeln.de

Datum: 22.11.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Digitalisierungsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 04.10.2021, 16:00 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Manuel Jeschka Volt (bis 16:55 Uhr)

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. David Lutz	GRÜNE, 1. Stellvertretender Ausschussvorsitzender (Übernahme Vorsitz ab 16:55 Uhr)
Herr Florian Weber	CDU, 2. Stellvertretender Ausschussvorsitzender
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Alexander Volk	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thomas Hegenbarth	Auf Vorschlag der SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Nadine Mai	Auf Vorschlag der LINKEN
Herr Dr. Kay-Uwe Bartels	Auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Michael Gautsch	Auf Vorschlag der AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Frau Mela Chu	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Heiner Fröschen	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Florian Gewecke	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Sara Jansen-Neubert	Auf Vorschlag der Grünen

Herr Roland Berger	Auf Vorschlag von SPD
Herr Joachim Vranken	Auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Wicharz	auf Vorschlag der SPD
Herr Dominic Land	Auf Vorschlag der CDU
Herr Florian Franzen	Auf Vorschlag der FDP
Herr Emanuel Florakis	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Frau Vivian Berhane	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Marcia Grant	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Peter Mülhens	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Güldane Tokyürek	Die Linke. (Vertretung für Frau Katharina Löber)

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Herr Frank Bücher
Frau Sabine Möwes
Herr Sebastian Knauff
Herr Simon Stepina
Herr Frank Fricke
Frau Simone Hurniak
Herr Harald Dietrichkeit
Frau Andrea Faßbender
Herr Leander Schulte

Gesamtpersonalrat

Herr Frank Dethlefsen

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Frau Daya Holzhauer

Schriftführung

Frau Olga Marusich

Presse

-/-

Zuschauer

Herr Malte Lux

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Markus Schernick Auf Vorschlag von Die FRAKTION

Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Dr. Marie-Christine Frank	Auf Vorschlag der CDU
Frau Katharina Löber	Auf Vorschlag von Die Linke. (Vertretung durch Frau Güldane Tokyürek)
Herr Christian Glashagen	Auf Vorschlag von Volt
Herr Dirk Bachhausen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Herr Rolf Übelhör

Der Vorsitzende Herr Jeschka begrüßt die Anwesenden und eröffnet die vierte Sitzung des Digitalisierungsausschusses. Er bittet darum, dass Nachfragen bzw. Anfragen aus den stattgefundenen Sitzungen von der Verwaltung im Regelfall spätestens bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden. Der Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass folgende Ergänzungen vorliegen:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Digitale Kompetenz der Schüler*innen sichern"
AN/1753/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3410/2021
-zugesezt-

- 1.5 Anfrage der Volt-Fraktion betreffend "IT-Ausstattung Schulen Köln"
AN/1758/2021

Antwort der Verwaltung vom 01.10.2021
3376/2021
-zugesezt-

- 1.6 Umsetzung Onlinezugangsgesetz und Digitalisierungsprogramm 2019-2022 -
Schwerpunkte "Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen" - Be-
antwortung der Nachfragen zu Vorlagennummer 1759/2021
3219/2021
-zugesezt-

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.3 Antwort der Verwaltung vom 23.09.2021 betreffend "Digitale Partizipations-
möglichkeiten und Öffentlichkeitsbeteiligung", Anfrage AN/1921/2021
3265/2021
-zugesezt-

- 2.4 Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“
3414/2021
-zugesezt-

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

4 Schriftliche Anfragen

- 4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Anzahl und Nutzen von Dokumenten-
Management-Systemen (DMS) in der Stadtverwaltung"
AN/2069/2021
-zugesezt-

Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3484/2021
-zugesezt-

6 Anträge

- 6.1 Dringlichkeitsantrag nach § 12 (SPD) betreffend "Köln braucht einen digitalen
Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer"
AN/1311/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Köln braucht einen digitalen
Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer"
AN/2108/2021
-zugesezt-

Änderungsantrag der FDP-Fraktion nach § 13 betreffend "Chief-Digital-
Officer"
AN/2103/2021
-zugesezt-

- 6.4 Gem. Antrag nach § 3 (Volt) betreffend "Pilotprojekt Online Wohnsitz Anmel-
dung/ Ummeldung"
AN/2004/2021

-zugesetzt-

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Innerhalb der Tagesordnung werden Anträge und Beschlussvorlagen vorgezogen.
Der Digitalisierungsausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Personen gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Köln

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 1.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderungen der Stadt Köln im Bereich Digitalisierung"
AN/1314/2021

Antwort der Verwaltung vom 06.09.2021
2206/2021

- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Gaming-Standort Köln"
AN/1625/2021

Antwort der Verwaltung vom 08.09.2021
3141/2021

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Digitale Kompetenz der Schüler*innen sichern"
AN/1753/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3410/2021

- 1.4 Gem. Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend "Intelligente Mülleimer"
AN/1755/2021

- 1.5 Anfrage der Volt-Fraktion betreffend "IT-Ausstattung Schulen Köln"
AN/1758/2021

Antwort der Verwaltung vom 01.10.2021
3376/2021

- 1.6 Umsetzung Onlinezugangsgesetz und Digitalisierungsprogramm 2019-2022 - Schwerpunkte "Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen" - Beantwortung der Nachfragen zu Vorlagennummer 1759/2021 3219/2021

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Museen, Menschen, Medien. Digitale Standortstrategie Museen 2022+ 2235/2021
- 2.2 Musenkuss 2.0 - die Plattform für Kulturelle Bildung wird in interkommunaler Zusammenarbeit technisch grundlegend überarbeitet 3046/2021
- 2.3 Antwort der Verwaltung vom 23.09.2021 betreffend "Digitale Partizipationsmöglichkeiten und Öffentlichkeitsbeteiligung", Anfrage AN/1921/2021 3265/2021
- 2.4 Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“ 3414/2021

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

4 Schriftliche Anfragen

- 4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Anzahl und Nutzen von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) in der Stadtverwaltung" AN/2069/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3484/2021

5 Mündliche Anfragen

6 Anträge

- 6.1 Dringlichkeitsantrag nach § 12 (SPD) betreffend "Köln braucht einen digitalen Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer" AN/1311/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Köln braucht einen digitalen Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer" AN/2108/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion nach § 13 betreffend "Chief-Digital-Officer" AN/2103/2021

6.2 Gem. Dringlichkeitsantrag nach § 12 (CDU) betreffend "Weichenstellungen für den Gaming-Standort Köln"
AN/1795/2021

6.3 Antrag der SPD-Fraktion nach § 3 betreffend "Köln-Pass digitalisieren"
AN/1527/2021

6.4 Gem. Antrag nach § 3 (Volt) betreffend "Pilotprojekt Online Wohnsitz Anmeldung/ Ummeldung"
AN/2004/2021

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021

8 Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

10 Mitteilungen der Verwaltung

11 Sachstandsberichte der Verwaltung

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

15.1 Bedarfsfeststellung für die Ersatzbeschaffung einer Vorgangsmanagementsoftware im Umwelt- und Verbraucherschutzamt
2546/2021

15.2 Bedarfsfeststellung für den Abschluss einer Rahmenvereinbarung für externe Dienstleistungen (Umzüge und Migrationen im Telekommunikations- und Netzbereich)
3197/2021

16 Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Personen gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende Herr Jeschka verpflichtet die dem Digitalisierungsausschuss gemäß § 58 GO NRW angehörenden sachkundigen Bürger*innen und sachkundigen Einwohner*innen sowie Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Marcia **Grant** (auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik),
und

Herrn Michael **Gautsch** (auf Vorschlag der AfD-Fraktion)

seine/ihre Aufgabe als Mitglied des Digitalisierungsausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und seine/ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

1.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderungen der Stadt Köln im Bereich Digitalisierung" AN/1314/2021

**Antwort der Verwaltung vom 06.09.2021
2206/2021**

Herr Weber nimmt Bezug auf das einige Monate zurückliegende, mit der Stadt Aachen gemeinsam geführte Projekt zur Bewertung von Digitalprojekten „Wirkungsmessung von Digitalisierungsvorhaben – Ein Projekt der Städte Aachen und Köln“.

Er fragt, wann mit einer Erfolgsmessung bei Digitalprojekten in Köln zu rechnen ist.

Die Verwaltung sichert eine Beantwortung dieser Frage zu.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Gaming-Standort Köln" AN/1625/2021

**Antwort der Verwaltung vom 08.09.2021
3141/2021**

Herr Berger bittet um Berücksichtigung der Auskünfte insb. zu Förderstrukturen in den vergangenen Jahren als einer Grundlage der weiteren Beratung des Antrages unter TOP 6.2. Er weist auf eine Studie zum Thema Games-Standort Köln aus 2016 hin und bittet um Betrachtung im Rahmen der weiteren Bearbeitung.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Digitale Kompetenz der Schüler*innen sichern"
AN/1753/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3410/2021**

Herr Berger bittet um Behandlung in der nächsten Sitzung.

Die Anfrage wird zurückgestellt und zur nächsten Sitzung vorgelegt.

**1.4 Gem. Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend "Intelligente Mülleimer"
AN/1755/2021**

Die Anfrage wird zurückgestellt und von der Verwaltung zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**1.5 Anfrage der Volt-Fraktion betreffend "IT-Ausstattung Schulen Köln"
AN/1758/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 01.10.2021
3376/2021**

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**1.6 Umsetzung Onlinezugangsgesetz und Digitalisierungsprogramm 2019-2022 - Schwerpunkte "Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen" - Beantwortung der Nachfragen zu Vorlagennummer 1759/2021
3219/2021**

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2 Mitteilungen der Verwaltung

**2.1 Museen, Menschen, Medien. Digitale Standortstrategie Museen 2022+
2235/2021**

Die Mitteilung wurde im Vorfeld der Sitzung zurückgestellt.

**2.2 Musenkuss 2.0 - die Plattform für Kulturelle Bildung wird in interkommunaler Zusammenarbeit technisch grundlegend überarbeitet
3046/2021**

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.3 Antwort der Verwaltung vom 23.09.2021 betreffend "Digitale Partizipationsmöglichkeiten und Öffentlichkeitsbeteiligung", Anfrage AN/1921/2021 3265/2021

Herr Volk weist auf eine sehr erfolgreiche Bürger*innen-Plattform Senf.koeln hin und erkundigt sich nach Bemühungen, eine Schnittstelle zu integrieren. Er bittet um Prüfung zur Möglichkeit einer Zusammenarbeit bzw. diese anzudenken.

Er betont, dass hierbei nicht-digitale Partizipationsmöglichkeiten -wie bereits jetzt häufiger mitbedacht werden-, wie z.B. postalische Briefkästen, auch weiterhin mit eingeplant werden sollen, um niemanden auszuschließen.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.4 Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“ 3414/2021

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

4 Schriftliche Anfragen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Anzahl und Nutzen von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) in der Stadtverwaltung" AN/2069/2021

**Antwort der Verwaltung vom 04.10.2021
3484/2021**

Herr Dr. Bartels erkundigt sich nach dem Grund, weshalb für die Baugenehmigungsverfahren ein eigenes DMS verwendet wird bzw. zu verwenden ist.

Laut seiner Recherche bietet die Software eine Vorgangsbearbeitung. Er verweist auf TOP 15.1 Bedarfsfeststellung für die Ersatzbeschaffung einer Vorgangsmanagementsoftware im Umwelt- und Verbraucherschutzamt und möchte gerne wissen, weshalb dort ein proprietäres System erforderlich ist und wie das Verhältnis der Vorgangsmanagementsoftware zu dem Punkt Vorgangsbearbeitungs-Funktionalität der Software Dosis4 der Fa. SER ist.

Herr Bücher, Amt für Informationsverarbeitung, berichtet, dass bei extern eingekauften Fachanwendungen bzw. -verfahren regelmäßig eine integrierte Vorgangsbearbeitung existiert, die in vielen Fällen integraler Bestandteil ist. In den meisten Fällen wird versucht, auf eine Standardisierung zu achten. Bei Baugenehmigungsverfahren ist dies ein integraler Bestandteil.

Eine Anpassung zur Vorgangsbearbeitung kann als solche nicht gesondert herausgelöst werden; wenn diese Funktionalität bereitgestellt werden sollte, müsste sie mühsam nachentwickelt werden. Der Einsatz von Dosis4 als Vorgangsbearbeitung ist Standard, aber es gibt immer noch Fachverfahren, und das wäre eins davon, wo es ein integrativer Bestandteil ist.

Herr Dr. Bartels bittet um eine Verschriftlichung der Beantwortung in ausführlicher Form.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5 Mündliche Anfragen

Frau Schneeloch fragt nach dem Sach- bzw. Zwischenstand zum in der Sitzung am 07.06.2021 ungeändert beschlossenen gem. Antrags nach § 3 (GRÜNE) betreffend Baumretter*innen – Erweiterung der Stadt Köln App um eine Bauminfo und –pflege-Funktion (inklusive Schnittstelle zum Baumkataster) für alle Kölner*innen (AN/1118/2021).

Frau Steinmann betont die Bedeutung einer nachvollziehbaren Kartierung.

Herr Zimmermann hat eine Frage zum „Positiv-Baumkataster“ als Teil eines einige Jahre zurückliegenden Haushaltsbeschlusses. Es wurden Mittel bereitgestellt, um Kenntnisse über Baumpflanz-Standorte zu erlangen. Werden diese Informationen im neuen Kataster erfasst?

Herr Hegenbarth erkennt viel Potenzial unter dem Stichwort „digitaler Zwilling“. Er erkundigt sich nach bestehenden Querverbindungen zu anderen Dienststellen.

Herr Dietrichkeit, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, berichtet mündlich. Eine schriftliche Stellungnahme ist zur nächsten Sitzung geplant.

6 Anträge

6.1 **Dringlichkeitsantrag nach § 12 (SPD) betreffend "Köln braucht einen digitalen Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer"** AN/1311/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Köln braucht einen digitalen Masterplan und eine(n) Chief Digital Officer"
AN/2108/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion nach § 13 betreffend "Chief-Digital-Officer"
AN/2103/2021

-TOP wurde vorgezogen-

Herr Dr. Lutz befürwortet einen breit getragenen Antrag. Aufgrund der anhaltenden Diskussion und der eingereichten Dringlichkeitsanträge besteht aber noch Beratungsbedarf.

Der Ausschussvorsitzende Herr Jeschka entschuldigt sein Versehen, darüber nicht vor Eintritt in die Tagesordnung befunden haben zu lassen.

Frau Steinmann begrüßt das gemeinsame Anliegen. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion beschreibt sie mit Hinblick auf die Diskussionen der letzten Wochen als eine erste Kompromisslinie. Weiterer Beratungsbedarf ist aber erforderlich.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beratungsbedarf abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird zurückgestellt und zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**6.2 Gem. Dringlichkeitsantrag nach § 12 (CDU) betreffend "Weichenstellungen für den Gaming-Standort Köln"
AN/1795/2021**

-TOP wurde vorgezogen-

Aufgrund der Bedeutung des Themas und der Vielzahl an Material erkennt Herr Berger nach wie vor Beratungsbedarf und beantragt eine Vertagung zur nächsten Sitzung. Er betrachtet es als sinnvoll, eine fundierte und breite gemeinsame Basis für ein Handeln und ein Konzept zur Zukunft des Gaming-Standorts Köln zu finden.

Herr Weber bittet um Konkretisierung zum Umfang des Beratungsbedarfs. Es stellt sich die Frage, ob ein*e Gaming-Beauftragte in der Verwaltung verankert werden soll. Der Antrag ist in seinem Grundgerüst -bis auf wenige Modifikationen- der SPD-Fraktion bereits seit vier Monaten bekannt.

Herr Berger beschreibt den Beratungsbedarf als umfassend. Im Antrag sind zwar einige Facetten des Gaming-Standortes enthalten, unterschiedliche Themenbereiche sind jedoch nicht abgedeckt wie z.B. Gamification.

Das Thema Start-Ups ist zudem nicht hinreichend ausführlich behandelt. Das Thema Games-Haus ist lediglich ansatzweise vorhanden. Weitere Themen sind die Begründung und Perspektive für ein*e Gaming-Beauftragte sowie die Frage nach den Ressourcen. Vorstellungen und Ideen zur strukturellen Entwicklung des Standorts wurden bisher ebenfalls nicht berücksichtigt.

Er bittet um eine gemeinsame Diskussion auf Basis der vorhandenen Daten, um einen fundierten Antrag entwickeln zu können.

Frau Steinmann sieht den Titel des Antrags als gelungen. Sie glaubt, dass es genau dieser Thematik an Gewichtung bedarf. Sie befürwortet, gemeinsam weitere Facetten im Antrag zu ergänzen.

Herr Weber möchte über den Beratungsbedarf abstimmen lassen.

Frau Schneeloch merkt zum Beschlusspunkt 5 an, dass sich bei der KölnBusiness bereits 2 Mitarbeitende sehr intensiv mit diesem Themenfeld beschäftigen; die Funktion der/des Gaming-Beauftragten ließe sich im Rahmen einer Umwidmung beantragen.

Der Antrag ist aus ihrer Sicht bereits hinreichend ausführlich formuliert. Sie will über ihn abstimmen lassen.

Frau Mai erkundigt sich nach einer Einbindung des Jugendhilfeausschusses. Sie würde diese begrüßen, sofern noch nicht erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den von der SPD-Fraktion angemeldeten Beratungsbedarf abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Weber erweitert zum Antrag, dass dieser die bereits sehr gut aufgestellte Games-Branche in Köln an die Spitze in Deutschland führen soll.

Er erläutert das vorhandene und vielfältige Potential, das sich bietet, damit die Stadt Köln an die Spitzenposition rückt. Das Thema Gaming soll gezielt breiter getragen werden, u.a. durch die Einrichtung eines auf diese Thematik ausgerichteten Jugendzentrums. Hiermit wird dem sozialen Faktor Rechnung getragen.

Zudem soll das Vereinswesen bezüglich Gaming gestärkt werden. Er anerkennt das Thema als vielschichtig und erinnert, Jugend und auch Wirtschaft ganzheitlich in den Blick der Verwaltung rücken zu lassen und befürwortet die Schaffung einer/eines Games-Beauftragten.

Herr Dr. Bartels nimmt Bezug zu TOP 1.2. Zu dem in der Anlage 1 genannten Punkt Cologne Game Haus würde er gerne wissen, ob die Ziele erreicht worden sind und eine Neuausrichtung erforderlich ist. Eine Beantwortung kann er im vorliegenden Antrag nicht erkennen.

Zum Punkt Summer Cologne Coding School fragt er nach der Zielsetzung und ob dieses Ziel erreicht wurde.

Zur Schaffung eines Games-Beauftragten in der Stadtverwaltung, den es in anderen Bereichen bereits gibt, erklärt er, dass Aussagen getroffen werden müssen hinsichtlich Zielsetzung, Abstimmung untereinander, zu erreichender Meilensteinen, Kosten und zu einer Ziel-Kosten-Relation.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen separaten TOP handele.

Herr Dr. Bartels erklärt eine integrale Verbindung zum vorliegenden Antrag. Er erhoffe sich, diese Punkte aus den dortigen Antworten aufgegriffen zu wissen.

Herr Dr. Heinen begrüßt Punkt 1. In der abzudeckenden Vielfalt eines großen Gaming-Standorts erkennt er die Schaffung von Koordination und Vernetzung als notwendig. Die Diskussion im Jugendhilfeausschuss hat ergeben, wie wichtig es ist, Kompetenzen zu fördern, ausbauen und zu begleiten. Die Mittelbereitstellung zum Aufbau eines digitalen Jugendzentrums im Bereich Gaming befürwortet er. Im Ausschuss hat man sich bereits auf die Ausschreibung geeinigt. Das beste Konzept ist mit der besten Vernetzung der Jugendhilfelandchaft zu gewährleisten. Es soll künftig kein einzelner Schwerpunkt, sondern vielmehr eine Landschaft sein.

Herr Berger ergänzt zum Positions- bzw. Tätigkeitsprofil der/des Gaming-Beauftragten, dass Köln als hervorragender deutscher Gaming-Standorte kein Entwicklerstandort ist und fragt, ob die/der Gaming-Beauftragte über internationales Renommee verfügen muss, um die Stadt international vertreten zu können.

Weiterhin wäre unklar, ob die/der Gaming-Beauftragte auf Mittel zurückgreifen kann, um den Standort zu promoten. Des Weiteren erkundigt er sich, ob die Position im neu gegründeten Dezernat IX oder bei einem geplanten CDO angesiedelt sein wird.

Letztlich weist er darauf hin, bei der Wirtschaftsförderung wie auch beim städtischen Personal Doppelstrukturen verhindern zu müssen, die sich gegenseitig behindern und bittet, darauf zu achten, Ressourcen möglichst zusammenzuführen.

Herr Weber beantwortet die Fragen.

- Das Cologne Game House ist auf Zuschüsse angewiesen und kein selbsttragendes Konstrukt; dieses Ziel wurde verfehlt.
- Die Summer Cologne Coding School wird durch Jugendzentrum und Games-Beauftragten belebt und kontinuierlich ausgebaut.
- Die KBV ist Teil der Verwaltungsstrukturen. Mit ihr wurde sich im Vorfeld abgestimmt und es wurde keine Überschneidung erkannt. Aus seiner Sicht ist die Personalie Games-Beauftragte zu installieren, die Rollenerfüllung erfordert Expertise.
- Eine Ausschreibung und Ansiedlung liegt im Verwaltungshandeln und Verwaltungsermessen.
- Das Budget wird gemäß Veränderungsnachweis entsprechend hinterlegt.
- Eine Konzeption für das Jugendzentrum steht nächstes Jahr an.

Herr Hammer weist darauf hin, dass die Politik die Rahmenbedingungen für das Verwaltungshandeln setzt. Hier soll verwaltungsintern nach den besten Strukturen geprüft werden.

Zur Trägerlandschaft: Im politischen Veränderungsnachweis werden Mittel hinterlegt. Zur strukturellen Stärkung und Aufwertung des schon bestehenden Standortes und auch weiterer Schwerpunktzentren werden diese Mittel benötigt. Eine Konzeptionierung dafür ist durch die Verwaltung zu erarbeiten.

Dem Antrag kann erst zugestimmt werden, wenn nach Vorliegen eines Konzepts zu den 6 Punkten der einzelnen Konzeptbausteine der Ausschuss seine Fachdebatte geführt hat und wenn alle Zahlen, Daten und Fakten vorliegen.

Der Ausschussvorsitzende stimmt den Ausführungen zu. Die Verwaltung wird einen Vorschlag zur weiteren Besprechung in den Gremien erarbeiten.

Herr Dr. Bartels betont, den Antrag noch nicht für entscheidungsreif zu halten. Die bisherige Diskussion habe seine Fragen nicht beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass der von der Verwaltung zu erarbeitende Vorschlag Antworten auf einige Fragen enthalten wird.

Frau Steinmann beantragt die Einzelabstimmung zu den sechs Beschlusspunkten.

Abstimmungsergebnis Zif. 1:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis Zif. 2:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis Zif. 3:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis Zif. 4:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis Zif. 5:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis Zif. 6:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Es folgt eine Gesamtabstimmung zum Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen zur Stärkung des Kölner Gaming-Standortes umzusetzen.

1. Erarbeitung eines Vorschlags zur Einrichtung eines Jugendzentrums mit Gaming-Schwerpunkt, das zum Leuchtturm der Jugendarbeit in diesem Bereich wird. Hierbei ist zu prüfen, ob existierende Strukturen (bzw. ein bereits existierendes Jugendzentrum) der Stadt Köln aufgegriffen und erweitert werden können. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Angebote möglichst breit ansprechbar sind, indem u.a. unterschiedlichen Anreize bei unterschiedlichen Geschlechtern beachtet werden. Ebenso ist zu prüfen, ob eine breitere Streuung von Aktivitäten in verschiedenen Jugendzentren, Schul-AGs, Nachmittagsbetreuungen, etc. angeboten werden kann, damit ein gezielter Umgang mit Dosis, Körperhaltung und soziales Verhalten geübt werden kann und die Jugendarbeit im Mainstream einen bewussten Umgang erreichen kann.
2. Prüfung von Möglichkeiten zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit für eSport-Vereine in Köln mit der Bezirksregierung Köln. eSport im Amateurbereich schafft Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft. Dieses ehrenamtliche Engagement im nicht-kommerziellen Bereich möchten wir unterstützen. Ebenso ist zu überlegen, wie in Sportvereinen der Leistungsansatz des eSport zu integrieren ist. Die Zusammenarbeit von Leistungssport und eSport ist insbesondere im Training der kognitiven und motorischen Fähigkeiten in der Spielesimulation hervorzuheben.
3. Ausbau der Kölner Strukturen für Firmengründungen im Games-Bereich mit Mitteln der Stadt, des Landes und des Bundes. Insbesondere auf Games fokussierte Co-Working-Angebote und Inkubatoren sind ein wichtiges Mittel, um die Games Unternehmen von morgen in Köln entstehen zu lassen. Dabei sollte sowohl die Zusammenarbeit mit etablierten Formaten und Partnern geprüft werden (z.B. dem Medienkompetenzzentrum NRW) als auch die Unterstützung mit Bordmitteln der Stadt Köln in Betracht gezogen werden (z.B. die städtische Unterstützung bei der Suche nach günstigen Büroflächen). Bei der Förderung von Gaming Unternehmen ist auf die sozialökonomische Struktur zu achten, die die Aspekte des Lernens, der Bildung, der Förderung von kognitiven und motorischen Fähigkeiten fördern, im Sinne des Social Entrepreneurships.
4. Prüfung von Möglichkeiten, den leistungsorientierten eSport durch Schaffung von Talentfördermöglichkeiten (auch über Kontakt der Landesregierung) in einer ausgewählten Schule der Stadt Köln und durch Ansiedlung eines Leistungszentrums in Köln zu fördern. Auch die Möglichkeiten, auf bestehenden Strukturen des Spitzen-

sports in Köln aufzusetzen, sollen dabei beleuchtet werden (u.a. Sporthochschule Köln, Olympiastützpunkt Köln). Hierbei ist insbesondere auf Diversität und Inklusion (z.B. durch Auswahl von kompatiblen Controllern, die auf inklusive Bedürfnisse eingehen können, ect.) der Unterstützten und Geförderten zu achten, um in der Breite der Gesellschaft zu fördern und nicht ausschließlich bereits etablierte Strukturen zu verstärken. Der leistungsorientierte eSport soll für Fairness stehen und Klimaneutralität anstreben.

5. Schaffung der Position der/des Games-Beauftragten in der Stadtverwaltung ergänzend zu den branchenbezogenen Aktivitäten bei der KölnBusiness, um die Games-bezogenen Aktivitäten innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln, Strukturen und Prioritäten der Stadt an dem gemeinsamen Ziel auszurichten, Games im Breiten- und Spitzensport und entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Köln zum Erfolg zu machen.

6. Erarbeitung eines integrierten Konzeptes zwischen dem Kulturdezernat und der Stadtentwicklung zur Förderung einer digitalen Games Kultur, die einen ganzheitlichen Ansatz zum Aufbau der Standortattraktivität und Erhöhung der Glaubwürdigkeit (Street Credibility) verfolgt, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem professionellen Umfeld des Gamings anzuziehen. Hierbei sollen neben in Punkt III genannten Partnern, die Kreativindustrie (Creative NRW), als auch die Kunsthochschule für Medien (KHM), die Rheinische Fachhochschule Köln (RFH) und die KISD eingebunden werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

6.3 Antrag der SPD-Fraktion nach § 3 betreffend "Köln-Pass digitalisieren" AN/1527/2021

-TOP wurde vorgezogen-

Herr Dr. Heinen wünscht eine schnelle technische Umsetzung durch die Verwaltung unter der Berücksichtigung aller erforderlichen und noch zu berücksichtigten Schnittstellen im Hinblick auf die Integrierbarkeit.

Frau Möwes, Stabsstelle Digitalisierung berichtet von parallel laufenden Aktivitäten im Digitalisierungsprogramm der Stadt wie auch landes- und ggf. bundesweit. Aufgrund der Ressourcenproblematik müssen diese Bestrebungen zusammengebracht werden, um Doppelentwicklungen zu vermeiden, im Hinblick einer länderweiten Gesamtlösung. Die Verwaltung nimmt den Antrag mit, um mögliche Schnittstellen und den Stufenplan zu prüfen.

Herr Dr. Lutz verweist auf TOP 1.6. Laut Anlage 1 S. 4 soll der Köln-Pass in diesem Jahr pilotiert werden. Da die Verwaltung bereits an dem Thema arbeitet, beantragt er die Erledigung des Antrags.

Herr Dr. Heinen befürwortet hingegen einen Beschluss als ein gemeinsames Votum.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine digitale Form des Köln-Passes zu entwickeln. Der Köln-Pass soll weiterhin auch in Papierform angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

6.4 Gem. Antrag nach § 3 (Volt) betreffend "Pilotprojekt Online Wohnsitz Anmeldung/ Ummeldung" AN/2004/2021

-TOP wurde vorgezogen-

Der Ausschussvorsitzende erklärt die Zielsetzung des Antrags im Sinne der Bürger*innen der Stadt.

Herr Hegenbarth erläutert den Hintergrund des Einer-für-Alle (EfA) Prinzips. EfA wird in der Staatskanzlei Hamburg gemeinsam mit dem KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister entwickelt. Der von der Verwaltung vorgelegte Rahmen gibt als Pilotierungszeitpunkt Mitte 2022 an. In der weitergehenden Recherche benennen andere Quellen Mai 2022 als Go-Live-Zeitpunkt der Voll-Version, eine Nachnutzung in weiteren Ländern wäre möglich.

Frau Möwes, Stabsstelle Digitalisierung, bestätigt die Pilotierung in Hamburg zur EfA-Nachnutzung als ein komplexes Feld und identifiziert zwei inhaltliche Schwerpunkte. Der Beitritt zu dieser Leistung ist wichtig, da es nicht nur um technische, sondern auch um inhaltliche Lösungen geht. Mit Unterstützung durch das Land NRW soll eine Lösung entstehen, die nicht nur benutzerorientiert, sondern auch rechtlich einwandfrei ist. Des Weiteren ist insgesamt zu überlegen, wie Bürger*innen sich künftig einfacher identifizieren können. Auch der Datenschutz muss berücksichtigt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten sich als Pilot-Stadt zur Umsetzung des Pilotprojektes "An- und Ummeldung des Wohnsitzes" nach OZG zu beteiligen bzw. sich zur Verfügung zu stellen. (gemäß: <https://ozg.kdn.de/ozg-leistungen/details/ummeldung-10124>)

1. Zusätzlich wird die Stadt gebeten zu prüfen ob der wahlweise Einsatz des elektronischen Personalausweises im Zuge des Prozesses sowie der Einsatz eines Online/Video-Ident Verfahren ermöglicht werden kann (Bsp. Postident) oder etwaige andere Authentifizierungsverfahren sinnvoll genutzt werden können, z.B. Nutzerkonto BUND und ELSTER.
2. Die Stadt soll ggfs. prüfen ob die inhaltliche Umsetzung entsprechend der rechtlichen Vorgaben möglich ist oder eine entsprechende Adaption notwendig ist.
3. Eine frühzeitige Anbindung / Integration in das IDunion Projekt der Stadt Köln sollte angestrebt werden und sollte wenn möglich zu einem ggf. späteren Zeitpunkt der Umsetzung berücksichtigt werden.

Zusätzlich bitten die Fraktionen die Stadt, sich auch frühzeitig in den architektonischen Rahmen der EfA-Leistungen einzubringen, um eine effiziente Nachnutzung in Köln zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021

-TOP wurde vorgezogen-

Frau Steinmann würde die Vorlage gerne zurückstellen, begründet wird dies mit einem intensiven, fächerübergreifenden Beratungsbedarf.

Herr Weber beantragt ein Verweis ohne Votum in nachfolgende Gremien.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

8 Dringlichkeitsentscheidungen

Der 1. Stellvertretender Ausschussvorsitzender Herr Dr. Lutz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Manuel Jeschka

(Vorsitz)

gez. Olga Marusich

(Schriftführung)